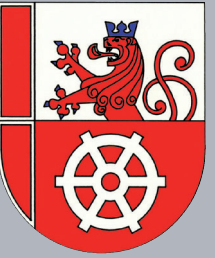


RATINGER SPIEGEL



Stadtrat verabschiedet Haushalt knapp

Haushalts-Chaos wie in Berlin nur knapp vermieden

Es war eine lange Ratssitzung am 19. Dezember von über acht Stunden. Beraten wurde der Doppelhaushalt der Stadt Ratingen für 2024 und 2025. Die Verabschiedung war diesmal keineswegs sicher: So hatten FDP und BU bereits im Vorfeld angekündigt, die Zustimmung zu verweigern. Trotz hoher Inflation, Tariflohnsteigerungen und Einsparungen in den Ämterbudgets wollten sie notwendige Anpassungen der Steuerhebesätze nicht mittragen. Die Grünen dagegen sahen ihre ökologischen und Anti-PKW-Themen nicht ausreichend berücksichtigt und verweigerten sich ebenfalls, geradezu bockig.

Ohne Haushaltsverabschiedung wäre die Stadt in eine haushaltslose Situation im neuen Jahr hineingestolpert. Das hätte bedeutet, dass der Kämmerer dann nur unabwiesbare Ausgaben wie Gehälter freigeben dürfte. Sämtliche Zuschüsse für Vereine, Sanierungsmaßnahmen oder Schul- und Kita-Bauten und die Ausschreibungen dafür dürften dann nicht starten. Das wäre fatal für die dringend notwendigen Kita- und OGATA-Bauten, die Sanierungen von Sporthallen und für alle Sozialträger und Vereine, die viele wichtige Leistungen für die Rater Bürger erbringen.

„Deshalb ist es wichtig, dass demokratische Parteien sachorientiert und kompromissfähig sind“, sagt Stefan Heins, Vorsitzender der CDU-Fraktion. Dies ist CDU und SPD zweifelsohne pragmatisch und verantwortungsvoll zum Wohle der Stadtgesellschaft gelungen. Auch die ablehnenden Fraktionen haben viele ihrer Ideen in den Einzelabstimmungen umsetzen können. Es sei fadenscheinig und populistisch, so die CDU, so zu tun, als könne der Stadtrat die Inflationsauswirkungen, die alle privaten und öffentlichen Haushalte treffen, per Ratsbeschluss erledigen. So stehe man sich in schlechteren Zeiten aus der Verantwortung – kein guter Stil.

Insgesamt hat die CDU-Fraktion darauf gedrungen, in den Verwaltungsbudgets Millionen weniger bereitzustellen und die inflations- und aufgabenbedingten Kostenerhöhungen somit möglichst gering an die Rater Bürger weiterzugeben. Auch sollte eine breite Verteilung der zwangsläufigen Lasten, die überwiegend durch die Ampel-Regierung in Berlin verursacht werden, stattfinden.

Im Ergebnis wird der Haushalt wegen der starken Reduzierung der notwendigen Steuererhöhungen nicht ausgeglichen sein: Auch nach Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen bleibt ein Plan-Fehlbetrag von rund 5 Mio. EUR, der zu Beginn der Beratungen aber noch bei 10 Mio. lag. „Das ist der ausgleichende Pragmatismus einer echten Volkspartei, der einen Mittelweg zu Gunsten der Mitte der Gesellschaft auslotet, aber auch die Zukunft im Blick hat“, so Heins.

„Öffentliche Haushalte müssen, genau wie jedes Unter-

nehmen, wenn sie investieren müssen, mittelfristig Überschüsse erwirtschaften,“ stellt der finanzpolitische Sprecher, Gerold Fahr, klar.

„Das ist Ratingen in den letzten Jahren durch außerordentliche Steuernachzahlungen von Rater Unternehmen auch gelungen, wofür wir sehr dankbar sind. Denn nur dadurch kann Ratingen auch in den nächsten zwei Jahren ohne Verschuldung weiter investieren, während sich viele andere Städte längst in die Schuldenfalle manövrierten. Die so erwirtschafteten Überschüsse nun aber anstatt für notwendige Zukunftsinvestitionen zur Verlustfinanzierung zu verwenden, ist für die Stadtgesellschaft keine nachhaltige und generationengerechte Alternative“. Bei den aktuell schlechten konjunkturellen Aussichten müsse eher mit einem Rückgang als mit der Ausweitung des Gewerbesteueraufkommens als Rückgrat der Finanzierung gerechnet werden, schätzt der erfahrene Diplom-Kaufmann ein und erteilt damit den Inflationsverweigerern eine klare Absage.

Die mit Haushaltseinbringung befürchteten massiven Steuer- und Gebührenerhöhungen wurden nun dank CDU und SPD stark entschärft: So steigt der Gewerbesteuerhebesatz nur noch um 2,5% auf 410 Prozentpunkte. Die seit 20 Jahren im Wesentlichen konstante Grundsteuer wird entsprechend der Inflation der letzten eineinhalb Jahre nur um 10% auf 440 Prozentpunkte erhöht, was für den Einzelnen geringe Beträge ausmacht, für den Haushalt der Stadt aber hoch bedeutsam ist. Immerhin: Die Grundsteuer ist im Wesentlichen seit über 20 Jahren unverändert, obwohl die Kosten für städtische Infrastruktur um rund 30% gestiegen sind.

Wichtig zur Einordnung ist: Selbst nach den moderaten Erhöhungen hat Ratingen auch weiterhin die geringsten Steuerhebesätze aller angrenzenden Städte um Ratingen!

Steuern und Gebühren wie die Spielautomatensteuer, die Hundesteuer, sowie städtische Gebühren werden in etwa im Rahmen der allgemeinen Inflation erhöht.

Ausgenommen bleiben Kita- und Offener-Ganztags-Gebühren. Diese steigen durch die Progression der Beitragsstaffel ohnehin etwas an, was für junge Familien generell eine Belastung darstellt.

Erfreulich ist die konsequente Stärkung des Einzelhandels im Hauptversorgungszentrum in Ratingen: Die erste kostenfreie Parkstunde in der Innenstadt in Parkhäusern und auf Parkplätzen bleibt als Alleinstellungsmerkmal für alle bestehen. Die Parkgebühren werden nur moderat und erst ab 2025 um 10 Cent auf 90 Cent pro halbe Stunde erhöht. Auf Parkplätzen mit Parkautomat soll die Gebühr auf 70 Cent je halbe Stunde steigen, sobald die Parkautomaten auch Zahlungsmöglichkeiten ohne Bargeld anbieten können. Dieses starke Ergebnis eines gemeinsamen Antrags der bürgerlichen Parteien.



Gerold Fahr und Stefan Heins (v.l.) zeigen sich nach den Haushaltsberatungen mit dem Ergebnis zufrieden.

Klares Versprechen der CDU:

Der Systemwechsel der Grundsteuer durch Bundesgesetze ab 2025 soll aufkommensneutral durchgeführt werden. Das heißt, dass der Hebesatz 2025 rechnerisch soweit nach unten angepasst wird, dass die Stadt den gleichen Gesamtbetrag an Grundsteuer einnimmt. Versprochen!





Dies kann zwar beim einzelnen Haus zu abweichenden Beträgen führen, das liegt dann aber der Systematik der Bundesgesetzgebung, die der Stadtrat nicht zu beeinflussen vermag.

Mehr vom Rater Spiegel auf Seite 2 >>

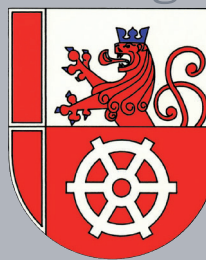
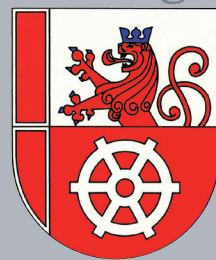


WhatsApp-Newsletter

Schreiben Sie uns Ihr Anliegen:

-  cdu-fraktion-ratingen.de
-  fraktion@cdu-fraktion-ratingen.de
-  [cduratingen](https://www.facebook.com/cduratingen)
-  [cdu_ratingen](https://www.instagram.com/cdu_ratingen)

ViSP: CDU-Fraktion Ratingen | Stefan Heins | Minoritenstraße 2-6 | 40878 Ratingen



Wallhöfe: Ein Glücksfall für Ratingen

Bereits teileröffnet erfreut sich das erweiterte Angebot der Innenstadt großen Zuspruchs.



Die Wallhöfe erfreuen sich bereits großer Beliebtheit, die Verbindung zwischen Altstadt und Düsseldorfer Platz wird rege genutzt.

Es begann am 8. November 2005 mit einem Antrag der CDU-Fraktion: Ein Vorkaufsrecht für das zunehmend leerstehende ehemalige Hertie-Gebäude sollte geschaffen werden. Die Christdemokraten hatten bereits damals erkannt, dass der alte Bau keine Zukunft hat. Seinerzeit gab es noch einen Ankermieter: C&A. Tatsächlich beschloss der Rat die Vorkaufsrechtssatzung 2005 – der Schlüssel für den späteren Kauf durch die Stadt.

Nachdem der Alt-Eigentümer, ein Immobilienfonds aus London, der Verwaltung nach dem Auszug von C&A im Jahr 2014 ein unannehmbares Konzept für eine „Pinselsanierung“ und Verwendung für Resterampen und Billig-Läden vorgestellt hatte, war klar: für das Gebäude aus den 70er Jahren besteht in Ratingen keine Zukunft.

Bürgermeister Klaus Pesch forcierte den Grunderwerb. 2017 war es dann so weit: Mit Ausnahme dreier Ratsmitglieder stimmte der Stadtrat mit breiter Mehrheit dem Kauf zu. Glücklicherweise waren die Ratsmitglieder wenig später auch über den Entwurf für einen Neubau der Firma Tecklenburg – dem einzigen Interessenten, der das Altgebäude beseitigen und einen Neubau errichten wollte. Präsentiert wurde dieser mit Wohnungen und großen Einzelhandelsflächen vom renommierten Architekturbüro kadawittfeld aus Aachen. Tecklenburg verzichtete zu Gunsten eines von der Stadt gewünschten offenen Durchgangs zwischen Wallstraße und Düsseldorfer Platz auf mehr vermietbare Fläche – so entstand eine Sichtachse zwischen den Gebäudeteilen.

Bei der Vorstellung des modernen Konzepts waren alle Ratsmitglieder voll des Lobes. Am 18. Februar 2019 wurde das Konzept einstimmig vom Rat beschlossen und ein vorhabenbezogener Bebauungsplan eingeleitet. In der Projektumsetzung stellten sich SPD und Grüne gegen einen städtischen Tiefgarageanteil; die BU wollte zeitweise die Handelsflächen so verkleinern, dass EDEKA und Aldi gar nicht mehr hätten untergebracht werden können.

Letztlich ist das Projekt jetzt aber wie ursprünglich von Tecklenburg vorgestellt und vom Stadtrat beschlossen auf der Zielgeraden: ALDI, Fressnapf und Woolworth sind bereits eröffnet und erfreuen sich seit Tag eins guter Kundenströme. Die moderne Tiefgarage ist von Düsseldorfer Str./Düsseldorfer Platz erreichbar, kundenfreundlich und barrierefrei. EDEKA Kels folgt Anfang des Jahres. Von den knapp 70 neuen Wohnungen sind bereits zwei Drittel vermietet. Es ist strategisch richtig und wichtig, dass Ratingen wieder einen Lebensmittel-Vollsortimenter in der Innenstadt als Magnet hat. Dies stärkt

die Nahversorgung insbesondere auch für Ratingen-Süd und attraktiviert die Innenstadt sowie alle übrigen Stadtteile. Gleichzeitig wird der Entfall von Handelsflächen auf der „Grünen Wiese“ aus den 70er-Jahren (ehemals Ratio) realisiert – ein wichtiger Trend zur Stärkung der Innenstädte, nicht nur in Ratingen.

Erfreulich: Das Gebäude wird nach endgültiger Fertigstellung rekordverdächtige 230 Fahrradstellplätze für Bewohner und Kunden bieten. Leider ist der städtische Tiefgarageanteil neben den Wallhöfen unter dem zukünftigen Wallpark aufgrund politisch motivierter Verzögerungen noch nicht fertig. Damit fehlen von den etwa gleich vielen PKW-Stellplätzen noch rund 80 Plätze für Kunden/Mitarbeiter und vor allem rund 130 für Anwohner und Dauerstellplätze für Bewohner der Innenstadt, von denen allein etwa 100 auf einer Warteliste für die Anmietung bei der Stadt stehen, nachdem die Quartiersgarage Kirchgasse abgerissen werden musste und die Nutzer gekündigt wurden. Wegen der baulichen Verflechtung zwischen dem privaten und städtischen Bauteil kann die Tiefgarage für die Wallhöfe derzeit ausschließlich von der Stichstraße „Düsseldorfer Platz“ angefahren werden.

Mit der Fertigstellung des städtischen Tiefgarageanteils 2025 wird die Anfahrt aber auch über den „Parkring“ über die Wallstraße möglich sein. Bis dahin soll auch ein modernes, einfaches Parkleitsystem mit örtlicher Anzeige freier Stellplätze verfügbar sein, welches der Stadtrat auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen hat. Insgesamt gewinnt die Ratinger Innenstadt für alle Stadtteile, den Düsseldorfer Norden und die nahegelegenen Städte des Kreises Mettmann mit dem neuen Angebot am Tor zur Innenstadt an Attraktivität.



Ratingen prüft „On Demand“ Verkehr

Flexibel, günstig und als Ergänzung zum ÖPNV könnte es bald einen „On Demand“, also einen appgesteuerten Rufverkehr, in Ratingen geben.

Sie heißen flexy, myBus oder Revierflitzer und erfreuen sich in unseren Nachbarstädten bereits großer Beliebtheit – appbasierte Rufverkehre als Ergänzung zum ÖPNV, oft als „On Demand“, also auf Abruf, bezeichnete Systeme. Die Nutzung ist denkbar einfach, erklärt CDU-Fraktionschef Stefan Heins: „Ich benötige lediglich die App auf meinem Handy, muss meinen Startpunkt und meinen Endpunkt eingeben und schon kommt innerhalb weniger Minuten ein taxiähnliches Fahrzeug und sammelt mich ein. Entweder spontan oder vorab gebucht. Der Unterschied zum Taxi und die Verwandtschaft zum ÖPNV ist nun, dass Fahrten von Personen, deren Strecke ähnlich wie meine ist, gebündelt werden. Meine individuelle Fahrt wird als leicht länger, dafür benötig man aber weniger Fahrzeuge, entlastet die Straßen und die Fahrten können günstig angeboten werden.“ Auch in Ratingen gibt es Überlegungen, den ÖPNV mit einem solch flexiblen System zu ergänzen.

Solche Systeme eignen sich insbesondere als Ergänzung zum bestehenden Bus- und Bahnnetz, um tagsüber Menschen in Gebieten mit schlechter Anbindung an das ÖPNV-Netz anzubinden sowie nachts, wenn die Nachfrage sinkt, sich diversifiziert und der Busbetrieb mit klassischen Fahrzeugen nicht mehr effizient ist. Für beide Varianten gibt es in der unmittelbaren Nachbarschaft Beispiele: Den Nachtverkehr ergänzen in Oberhausen am Wochenende und in Duisburg ganzwöchig der Oberhausener „Revierflitzer“ und der Duisburger „myBus“. Während in Duisburg und Oberhausen das System im ganzen Stadtgebiet funktioniert, gibt es in Düsseldorf einen anderen Ansatz: „flexy“ verstärkt wochentags abends und am Wochenende ganztägig den ÖPNV in den östlichen Stadtteilen und soll dabei insbesondere an das bestehende Schienennetz wie S- oder U-Bahn anbinden.

„Beide beschriebenen Varianten werden gerade in Ratingen geprüft, wir versprechen uns sowohl von der möglichen Änderung im Nachtverkehr sowie der Ergänzung in den äußeren Stadtteilen tagsüber einen großen Gewinn für das Ratinger ÖPNV-Netz“, so Heins. Sollten sich die Untersuchungen für das System aussprechen, so wird die CDU empfehlen, dass System in den Nahverkehrsplan des Kreises, der für die Bestellung von ÖPNV-Leistungen verantwortlich ist, aufzunehmen. Heins betont: „Wir wollen das ÖPNV-Netz in Ratingen verbessern, hierzu zählen wir neben neuen Linien wie der U81 und der Westbahn auch flexible Modelle, um alle Ratingerinnen und Ratinger gut an den ÖPNV anzubinden und eine gute Alternative zum PKW zu schaffen.“

CDU-Fraktion unterstützt die Bemühungen des Bürgermeisters und des Landrates zur Stabilisierung des St. Marien-Krankenhauses

Liegt ein überzeugendes und handlungsfähiges Konzept vor, befürwortet die CDU auch eine ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Stadt und den Kreis.



Der Eingangsbereich des St. Marien Krankenhauses.

Als der Kreistag in seiner letzten Sitzung des abgelaufenen Jahres in der Ahi Halle in Ratingen den Beschluss fasste, das St. Josefs Krankenhaus in Hilden vor einer Schließung zu bewahren und der Gemeinnützigen Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe (GFO) als neuem Träger der Klinik 4 Millionen EUR Unterstützungsleistung zu gewähren, da teilte der Landrat den Kreistagsabgeordneten in öffentlicher Sitzung mit, dass sich schon das nächste Krankenhaus im Kreis Mettmann bei ihm gemeldet habe, um über Unterstützungsleistungen zu sprechen. Für die Kreistagsabgeordneten war sofort klar, dass es sich dabei um die St. Marien-Krankenhaus GmbH aus Ratingen handelt. Nach der Geldleistung an den Klinikverbund aus Olpe jetzt also auch die Unterstützung für das Ratinger Krankenhaus? Der Beschluss, das Hildener Krankenhaus zu retten, geht voll zu

Lasten aller zehn kreisangehörigen Städte. Ratingen beteiligt sich über die Kreismulge mit ca. 15 %, also mit ca. 600.000 EURO, an den Zuschüssen. Die im Zuge der Übernahme des Krankenhauses Hilden in der Aufbauphase aufzuwendenden Restrukturierungskosten mit einem kommunalen Zuschuss von 2 Millionen EURO zeitnah im Jahr 2023 und weiteren 2 Millionen EURO Zuschusserteilung dann im Jahr 2025 zu versehen, fasste der Kreistag einstimmig.

Die Krankenhauslandschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die erhebliche Unterfinanzierung durch den Bund, der für die Finanzierung der Krankenhausleistungen verantwortlich ist, aber auch die nicht auskömmliche Finanzierung für die Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung durch das Landes NRW, gefährden vor allem kleinere Krankenhäuser der Grund- und Akutversorgung. Das vorhergesagte Krankenhaussterben ist auch in NRW wahrzunehmen. Schon acht Kliniken mussten schließen. So auch das Haus in Haan.

Die Krankenhäuser stehen am Scheideweg. Ein eisiger Wind weht ihnen entgegen. Die von Minister Karl Josef Laumann vorgelegte neue Krankenhausplanung soll eine tragfähige Kehrtwendung bei der Krankenhausfinanzierung und -planung erreichen. Zur besseren Finanzausstattung der Krankenhäuser sollen die Kliniken künftig in Ergänzung zur den bisher schon gezahlten Fallpauschalen eine leistungsunabhängige Vorhaltevergütung erhalten. Voraussichtlich 60% der geplanten laufenden Kosten in einem Wirtschaftsjahr.

Dieses Vorhaltebudget ergibt grundsätzlich Sinn. Krankenhäuser bieten durchgehend ihre Leistung an 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche an, egal ob Patienten kommen oder nicht. Die Daseinsvorsorge muss gesichert bleiben.

Nach den vorliegenden Pressemitteilungen werden zurzeit Gespräche geführt, wer ein passender Partner des St. Marien-Krankenhauses Ratingen sein kann. Der Bürgermeister hat den Auftrag des Rates der Stadt, die Gespräche so weit wie möglich zu begleiten. Der Landrat des Kreises Mettmann, Thomas Hendele hat Ende letzten Jahres gemeinsam mit der Geschäftsleitung und dem Beirat in Anwesenheit der Stadtspitze unserer Heimatstadt ein Sondierungsgespräch geführt. Ein tragfähiges Handlungskonzept zum zukünftigen Krankenhausbetrieb soll nun die Voraussetzung für weitere Gespräche sein. Die CDU-Fraktion begrüßt und unterstützt das Engagement des Bürgermeisters und des Landrates und appelliert an alle Fraktionen im Rat der Stadt Ratingen, ihr dabei zu folgen. Resolutionen des Stadtrates und des Kreistages wurden zudem in Anlehnung an die Aktion der Deutschen Krankenhausgesellschaft zur Verabschiedung eines sogenannten Vorschaltgesetzes gefasst. Der Sinn eines solchen Vorschaltgesetzes ist die sofortige Sicherstellung der Liquidität und wirtschaftlichen Stabilisierung der Krankenhäuser, so auch des St. Marien-Krankenhauses. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit der Drucksache 20/8402 bereits einen Antrag für ein sofortiges Vorschaltgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht, doch die Bundesregierung hat bislang nichts dergleichen verabschiedet.

Ratingen braucht ein Krankenhaus der Grundversorgung. Wir kämpfen dafür.

Unser Newsletter

Bleiben Sie auf dem Laufenden und abonnieren Sie unseren Newsletter. Einfach den QR-Code scannen und los gehts.

